

formuliert: In die Zielvereinbarungen müssen bezüglich der Gleichstellung Quoten nach dem Kaskadenmodell aufgenommen werden. Diesen haben Sie genannt.

Wir haben aber auch einen Beschluss vom Juli 2013. Darin sagen wir: Keine aktive Reduzierung der Studierendenzahlen und der Studienplätze. Auch das bitte ich in die Zielvereinbarungen aufzunehmen. Auch das ist ein klarer Wille des Landtages von Sachsen-Anhalt.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Dann haben wir gehört - das kann ich für meine Fraktion nur bestätigen -, dass wir überhaupt noch nichts von der Landesregierung gehört haben, was ihre strategischen Ziele bei den Zielvereinbarungen sind, also was sie sich qualitativ vorstellen. Oder mit meinen Worten - ich habe es an dieser Stelle schon mehrfach gesagt -: Die Landesregierung hat bis heute nicht das Landesinteresse definiert.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Sie hat überhaupt nicht gesagt, was sie will, außer finanzielle Mittel kürzen. Das wissen wir. Aber darüber, was sie qualitativ will, was die qualitativ strategischen Ziele sind, erfahren wir überhaupt nichts.

(Zuruf von Herrn Lange, DIE LINKE)

Das ist der Punkt, über den wir uns im Ausschuss verständigen müssen: Was ist gut für das Land? Was muss qualitativ in eine Zielvereinbarung?

Dazu muss ich der CDU und der SPD sagen - ich will es einmal vorsichtig ausdrücken -: Es ist schon ein bisschen putzig, dass Sie heute einen Antrag einbringen und sagen, der Minister soll mal hinne machen.

Dann wird als ein zentraler Punkt die Lehrerausbildung genannt. Ich stimme zu, das ist ein zentraler Punkt. Dabei geht es um die Frage: Wie müssen Lehrer auf die Veränderungen im Schulsystem vorbereitet werden?

Sie wissen es selbst, im März 2012 habe ich an dieser Stelle einen Antrag mit dem Ziel eingebracht, dass wir uns die erste Phase der Lehramtsausbildung an den Hochschulen, an der Universität anschauen. Die Beschlussempfehlung haben Sie bis heute im Ausschuss regelmäßig vertagt. Dabei sind CDU und SPD der Hemmschuh, wenn es darum geht, das Landesinteresse zu definieren.

Dann haben Sie andere Punkte genannt, was das Landesinteresse betrifft. Das kann ich nachvollziehen. Sowohl ich als auch meine Fraktion können Ihre Meinung teilen. Aber ich denke, diesbezüglich fehlen wichtige Punkte.

Einen Punkt hat Herr Lange genannt. Wenn wir ohne ein Studienkolleg in Halle internationalisieren wollen, dann ist das die Quadratur des Kreises.

Dann nehmen Sie als regierungstragende Fraktionen bitte das Wort „Internationalisierung der Hochschulen“ nicht mehr in den Mund.

(Zustimmung bei den GRÜNEN - Herr Lange, DIE LINKE: Dann lassen Sie es weg!)

Dann gibt es bestimmte inhaltliche Punkte, die für mich auch zum Landesinteresse gehören. Das ist neben der Lehramtsausbildung - wenn Sie sich den wiederkehrenden Bericht des Landespsychiatrieausschusses ansehen - die Frage der Ausbildung von Psychotherapeuten, medizinischen und psychologischen Psychotherapeuten, weil wir diesbezüglich einen Mangel im Land haben.

Der Wissenschaftsrat sagt, wir dürfen die Zahl der Medizinstudienplätze nicht reduzieren, weil wir sonst einen Fachärztemangel bekommen.

Wir sind inzwischen ein Medienstandort von internationaler Reputation. Dann gehört aus der Sicht von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auch die Ausbildung in den Medienwissenschaften zum Landesinteresse.

Wir sind ein Bergbaufolgeland. Daher gehören auch die Studiengänge, die damit zu tun haben, Geologie und Geografie, aus unserer Sicht zum Landesinteresse.

(Zustimmung von den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Wir haben ein Informatik-Cluster Mitteldeutschland. Also gehört die Informatik dazu. Die Chemie gehört in einem Chemiedreieck dazu.

Das sind doch die Punkte, über die wir uns im Ausschuss verständigen müssen. Das ist Landesinteresse. Es geht um die Frage: Wie passen die Hochschulentwicklungspläne und die Zielvereinbarungen zu diesem Landesinteresse? - Herzlichen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Vielen Dank, Frau Kollegin Dalbert. - Jetzt spricht für die SPD-Fraktion noch einmal Frau Dr. Pähle. Bitte schön.

Frau Dr. Pähle (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich finde es sehr schön, dass so ein relativ dröge anmutender Antrag zu solchen hitzigen Debatten führt.

(Herr Lange, DIE LINKE: Oh, dröger Antrag! - Unruhe)

Der Teufel steckt im Detail. Der Landtag ist immer wieder für Überraschungen gut. Es lohnt sich also, hier immer zuzuhören und zuzuschauen.

Vorab eine Grundbemerkung. Sehr geehrte Kollegin Dalbert, wir sind uns sicherlich darin einig,

dass über die Dinge, die Sie gerade hinsichtlich des Landesinteresses angesprochen haben, hätte diskutiert werden müssen. Das ist auch das, was Kollege Lange mit Kakofonie meinte. Das hätte anders laufen müssen, ja. Aber in die Zielvereinbarungen gehören solche Sachen nicht. Zielvereinbarungen sind die Festlegungen strategischer Ziele. Es ist kein strategisches Ziel, zu sagen, wir wollen aber nicht, dass hierbei in Bezug auf irgendwelche Institute oder Studiengänge gekürzt wird. Das ist ein nachvollziehbares Ziel, aber kein strategisches. Dafür sind Zielvereinbarungen der falsche Ort.

Die Hochschulen haben Entwicklungspläne vorgelegt. Wenn die Otto-von-Guericke-Universität, die Hochschule Harz und die Hochschule Magdeburg-Stendal angeben, dass die Nachfrage der Studierenden an bestimmten Studiengängen so gering ist, dass sich die aufgewendeten Mittel nicht lohnen, und diese Studiengänge geschlossen werden, dann kann an dem strikten Verbot des Abbaus von Studienplätzen nicht festgehalten werden. Die Hochschulen erkennen selbst, dass diese Studienplätze an der falschen Stelle sind.

Herr Lange, jetzt kann man trefflich darüber streiten, ob an anderen Stellen weiter aufgebaut wird. Mit Verlaub: Das passiert über die Hochschulpaktmittel sowieso und diese sind ausfinanziert.

(Herr Lange, DIE LINKE: Ja?)

Wir können uns gern an der einen oder anderen Stelle länger über dieses Modell unterhalten. Ich sage Ihnen nur: Ich kenne die Zahlen für Halle. Im Jahr 2014 hat die MLU Halle über den Hochschulpakt insgesamt 20 Millionen € mehr Geld im Säckel gehabt als nur über das Grundbudget des Landes.

In einer Situation, in der eine Hochschule 20 Millionen € mehr einnimmt und trotzdem ein strukturelles Defizit vor sich herschiebt, sagen selbst andere Rektoren: Wer in dieser Situation seinen Haushalt nicht vernünftig aufgestellt bekommt, der bekommt es einfach ohne Veränderungen nicht hin.

(Zuruf von Herrn Lange, DIE LINKE)

Das muss man irgendwann auch einmal akzeptieren. Wir können die Hochschulpaktmittel nicht herauslassen und wegdiskutieren. Sie sind zum Glück da und sie werden vernünftig eingesetzt.

(Zustimmung von Frau Niestädt, SPD)

An der Stelle noch einmal etwas zur Verwendung der BAföG-Mittel. Gehen wir einmal von Folgendem aus: Wenn man die Bedienung von KfW-Krediten abzieht, dann landen wir round about - ich glaube, es werden nicht 45 Millionen € sein - bei 43 Millionen €. Wenn all diese Mittel in den Bereich der Hochschulen fließen könnten und ich diesen

Ansatz durch sieben Hochschulen rechne, dann komme ich pro Hochschule auf eine Mehreinnahme von 6,4 Millionen €.

(Herr Lange, DIE LINKE: Das kann man doch nicht so rechnen! Das muss man doch anteilig berechnen!)

Wir können es auch anteilig verteilen. Dazu sage ich Ihnen aber auch: Die Annahme, die ich von anderen hochschulinteressierten Menschen höre, dass nach Halle das meiste Geld fließen müsse, da dort die größten Probleme bestünden, wird aus der Sicht des Landes nicht zum Tragen kommen können.

Wir haben für alle Verantwortung. Nur weil andere ausgeglichene Haushalte haben, kann ich nicht sagen: Ihr müsst weniger bekommen. Das ist eine Ungleichverteilung.

Wenn wir weiter davon ausgehen, dass es bei der bisher verabredeten Verteilung zwischen Kultusministerium und Wissenschaftsbereich bleibt - diese finde ich richtig -, dann kommen wir pro Hochschule nur noch auf 4,3 Millionen €.

Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Diese Mittel werden nicht dazu beitragen, dass die Hochschulen keine Strukturveränderungen vornehmen müssen. Es wird dabei bleiben: Es müssen auch in dem Bereich Verschlinkungen stattfinden. Es wird so sein. Sie müssen nicht zwangsläufig zu einer Verschlechterung führen. Manchmal hilft es auch, Effizienzen zu heben, um die Qualität zu steigern.

Eine letzte Bemerkung zur Bernburger Vereinbarung. Meine Eltern haben mir viele, viele kluge Ratschläge auf den Weg gegeben. Ein kluger Ratsschlag war: Versprechen müssen gehalten werden. Wenn ich bestimmte Sachen verabrede, dann bin ich auch gezwungen, diese Verabredung zu halten, und ich kann nicht eine Woche vor dem angesetzten Termin - ich spitze es zu - sagen: April, April! Es geht nicht!

Das sorgt übrigens auch für sehr großen Unmut innerhalb der Rektorenkonferenz. Ich kann die Rektorinnen und Rektoren dabei sehr gut verstehen. Es ist so. Die Rektoren haben eingewilligt, und jetzt gilt es, das umzusetzen. So leid es mir tut, aber das ist die Realität.

(Zustimmung bei der SPD)

Ich weiß, ich überziehe meine Redezeit. Ich möchte nur noch in Richtung des Herrn Harms etwas anmerken. Ich habe sehr deutlich gesagt, dass die genannten fünf Punkte für die SPD-Fraktion wichtig sind, sage aber auch, dass die Verankerung des Querschnittsthemas Inklusion eine Forderung ist, die mit dem Arbeitskreis Bildung der CDU abgestimmt ist. Auch über die Verbesserung der Qualität der Lehre und das Ziel der Minimierung der Abbrecherquote haben wir uns schon verstan-

digt. Das ist meines Erachtens ebenfalls abgestimmt.

Die Steigerung des Frauenanteils - darauf hat Frau Professor Dr. Dalbert hingewiesen - ist in einem Beschluss des Landtages verankert, den wir gemeinsam getroffen haben.

Internationalisierung - zum Studienkolleg komme ich jetzt leider nicht mehr - bzw. eine Hochschule für Halle. Unter diesem Aspekt haben wir auch Anträge mit Blick auf die Situation von Studierenden mit Behinderungen und Mitarbeitern gestellt.

(Herr Lange, DIE LINKE: Ja!)

Auch dies sollte abgestimmt sein. Der Minister hat gesagt, dass die Hochschulen dabei sind, diesbezüglich etwas umzusetzen. Ich gehe davon aus, dass er der verabredeten Aufgabe seines Hauses nachkommt, dies weiter zu unterstützen.

Zu den belastbaren Vereinbarungen zum Ausbau dualer Studiengänge. Ich glaube, wenn Herr Keindorf jetzt im Raum wäre, würde er dafür auch Beifall klatschen.

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Herr Keindorf ist gerade im Raum, aber Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Frau Dr. Pähle (SPD):

Ich habe schon angekündigt, dass ich sie leicht überziehen werde.

(Unruhe)

Es tut mir sehr leid.

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Nein.

(Unruhe - Zuruf von Herrn Gallert, DIE LINKE)

- Herr Kollege Gallert würde gern Ihre Redezeit verlängern.

(Unruhe)

Frau Dr. Pähle (SPD):

Herr Lange bestimmt auch.

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Herr Lange auch?

(Heiterkeit bei der LINKEN)

Beide? - Das ist doch charmant. Geben wir ihnen die Chance?

Frau Dr. Pähle (SPD):

Wir geben ihnen die Chance. Sehr gern.

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Wunderbar. Dann beginnen wir mit Herrn Gallert.

Herr Gallert (DIE LINKE):

Frau Pähle, mich wundert, dass selbst ich mich als Fraktionsvorsitzender über wiederkehrende Argumente in der Debatte zur Hochschulfinanzierung aufregen muss, obwohl wir doch alle wissen, dass das so nicht funktioniert. Deswegen wundere ich mich, dass Sie heute noch einmal eine solche Debatte führen.

Natürlich können wir uns über die Hochschulpaktmittel noch einmal freuen. Wir wissen jedoch, wir haben zurzeit - je nach Erfassung - etwa 55 000 Studenten und eine Grundbudgetfinanzierung für 34 000 personenbezogene Studienplätze. Dass man bei den 20 000 Studenten mehr möglicherweise den einen oder anderen Cent aus dem Hochschulpakt unbedingt braucht und das kein Zuckerschlecken ist, weil das oben drauf kommt, dürfte jedem nachvollziehbar sein.

(Zustimmung von Herrn Lange, DIE LINKE)

Das wissen Sie doch besser als ich. Deswegen sind diese Mittel in der Argumentation wirklich ganz schlecht zu verwenden. Punkt eins.

Punkt zwei. Die Bernburger Vereinbarung ist vor den BAföG-Mittelentlastungen des Bundes organisiert und realisiert worden. Entgegen unserem Landtagsantrag, in dem wir gesagt haben „Keinen Abbau von Studienplätzen, keinen Abbau von Studierendenzahlen in Sachsen-Anhalt“, besagt die Bernburger Vereinbarung klar: Wir reduzieren eure Mittel nicht so stark, wie vorher vorgesehen, aber wir reduzieren sie. Dann kommt der Bund und sagt: Um genau das bundesweit zu verhindern, entlasten wir euch um bis zu 43 bzw. 45 Millionen €. Sei es drum.

Wir tun so, als wäre nichts passiert? - Das funktioniert so nicht. Deswegen sage ich: Wenn der Bund unsere Rahmenbedingungen verbessert, dann können und müssen wir uns darauf einstellen, und das sehr wohl auch bei der Grundfinanzierung in den Hochschulen.

Über diese Fakten muss man doch nicht jeden Tag neu reden. Das sind Dinge, die auf dem Tisch liegen. Deswegen sage ich noch einmal klar: Wenn wir unser Ziel durchhalten wollen, keinen Studienplatz- und Qualitätsabbau vorzunehmen, dann müssen wir die Bernburger Vereinbarung infrage stellen. Wir haben die Bernburger Vereinbarung nicht abgeschlossen. Wir können die Bernburger Vereinbarung infrage stellen und wir müssen sie infrage stellen, nachdem der Bund uns die BAföG-Millionen hinzugegeben hat. Punkt.

(Beifall bei der LINKEN)